

Erdoğan's Absturz
oder
Warum Krieg gegen die Kurden?

Kurdistan hat für die deutschen Medien nur einen begrenzten „news value“. Es bedarf immer wieder eines besonderen Ereignisses, um dieses Land und sein Volk, das sich seit Jahren in einem unerklärten Krieg befindet, in den Vordergrund zu rücken. So im Juni 2016, als der „Verein für Demokratie und internationales Recht MAF-DAT“ aus Köln eine Strafanzeige gegen Recep-Tayip Erdoğan u.a. beim Generalbundesanwalt in Karlsruhe erstattete. FAZ, ZEIT etc. berichteten darüber. Die beiden Rechtsanwältinnen Britta Eder und Petra Dervishaj hatten auf über 200 Seiten das Material für diese Anzeige zusammengestellt. Sie warfen Erdoğan, etlichen Ministern – unter ihnen der ehemalige Premier Ahmet Davutoğlu und der amtierende Innenminister Ekan Ala -, Polizisten und Militärs schwere Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor. Diese sind nach deutschem Völkerstrafrecht strafbar und auch vor deutschen Gerichten zu verhandeln. Die Anzeige konzentrierte sich dabei auf die schweren Angriffe des türkischen Militärs auf die Stadt Cizre unweit der syrischen Grenze. 178 Menschen sind während der wochenlangen Ausgangssperre in den Kellern eingeschlossen gewesen. Es hat Wochen gedauert, ihre verbrannten Leichen zu identifizieren. Ein Schicksal, welches zahlreiche Menschen in anderen Städten, wie Sirnak, Silopi, Nusaybin oder Diyarbakir ebenso ereilte. Nicht, dass es nicht immer wieder einen Bericht über diesen Krieg gegen die Städte, über Folter und die Tötung von Kindern gegeben hätte, doch die Politik reagierte nicht. Sie war in Verhandlungen mit der Regierung ihres NATO-Partners, die Flüchtlinge aus Syrien und Afghanistan nicht nach Europa durchzulassen. Menschenrechte hin, „europäische Werte“ her, bei dem Ausbau der Festung Europa gegen den „Ansturm der Flüchtlinge“ sind sie nur hinderlich und ohne Wert.

Schon 2011 hatte MAF-DAT eine ähnliche Anzeige gegen Erdoğan eingereicht - ohne Erfolg. Doch nun hat das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte einen Bericht vorgelegt, in dem er der Türkei „massive Zerstörungen, Tötungen und zahlreiche andere schwere Menschenrechtsverletzungen“ durch Armee, Polizei und Gendarmerie vorwirft – eine Bestätigung der Anzeige von MAF-DAT. Der Bericht umfasst die Zeit von Juli 2015, als Erdoğan den Dialog mit den Kurden durch den Einsatz des Militärs ersetzte, bis Dezember 2016. Obwohl Erdoğan die Kommission nicht ins Land lies, konnte sie durch Zeugenaussagen, Angaben von Menschenrechtsorganisationen und Satellitenaufnahmen das katastrophale Ausmaß der Zerstörungen und Opfer einschätzen. Von den 2000 getöteten Menschen waren 1200 Zivilisten. Zwischen 350 000 und 500 000 wurden vertrieben. Sur, die historische Innenstadt von Diyarbakir und Weltkulturerbe, wird gerade dem Erdboden gleichgemacht, um mit einem Neubau auch neue Bewohner anzusiedeln. Sur war eine Hochburg der HDP, das soll sich nicht wiederholen.

Man fragt sich, wie es zu dieser neuen Eskalation kommen konnte? Bis ins Frühjahr 2015 hatten die Kontakte zwischen Abdullah Öcalan in seinem Gefängnis auf der Insel Imrali und Ankara gehalten - ohne sichtbare Erfolge aber immer noch mit der Hoffnung auf eine politische Lösung am Leben gehalten. Doch im April 2015 lies Erdoğan den Dialog abbrechen und verhängte wieder die totale Isolation über Öcalan. Er war offensichtlich zu der Einschätzung gekommen, dass ihm diese Politik des Dialogs nicht die noch fehlenden Stimmen in den kommenden Wahlen im Juni 2015 für die erstrebte 2/3 Mehrheit im Nationalparlament einbringen würde, sondern eher die

kurdenfreundliche HDP Stärke. Wie dem auch sei, die HDP verhinderte mit ihren 13 % bei den Wahlen die verfassungsändernde Mehrheit der AKP Erdoğan's und durchkreuzte seine Pläne zur Errichtung seiner Präsidialdiktatur. Er beschloss, den Druck zu erhöhen und begann im Juli 2015 mit Angriffen vor allem gegen jene Städte und Ortschaften, in denen die HDP einen starken Rückhalt hat. Dennoch gelang es ihm nicht, bei den für November 2015 vorgezogenen Wahlen, die HDP aus dem Parlament zu drängen. Nur dann hätte er die für eine Verfassungsänderung notwendige Mehrheit erreicht. Die HDP verlor zwar Stimmen, konnte aber die 10 %-Hürde überspringen. Erdoğan hatte wieder sein Ziel verfehlt und setzte erneut und noch härter auf Gewalt.

Die Beziehungen zwischen Türken und Kurden sind seit der Gründung der Türkei 1923 immer wieder von Gewalt, Aufständen und Krieg gekennzeichnet. Der erste Präsident Kemal Atatürk hatte alsbald nach der Staatsgründung sein vorher gegebenes Versprechen gebrochen, den Kurden, die ihm in seinem Kampf gegen Engländer und Franzosen geholfen hatten, Autonomie zu gewähren. Sein Konzept der Assimilierung bedeutete für das kurdische Volk – immerhin ca. 15 Mio. in der Türkei – Aufgabe der eigenen Sprache, Aufgabe der eigenen Kultur, letztlich Aufgabe der kurdischen Identität. Alle Regierungen seitdem haben den Widerstand der Kurdinnen und Kurden unterschätzt. Doch auch ihnen gelang es nicht, die Türken zu entscheidenden Zugeständnissen für Autonomie und Selbstverwaltung zu bewegen. Als die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) 1984 den bewaffneten Kampf gegen die türkische Herrschaft aufnahm, ging es noch um die Trennung vom türkischen Staat für einen separaten kurdischen Staat. Doch schon vor seiner Gefangennahme und Isolierung auf der Insel Imrali 1999 hatte Abdullah Öcalan dieses Ziel aufgegeben und den Widerstand auf Autonomie in den Grenzen der Türkei orientiert. Aber weder der bewaffnete Kampf noch die Kontakte im Gefängnis und in Oslo zwischen Regierung und PKK brachten eine Lösung des Konfliktes.

Im Gegenteil, denn inzwischen hatte Erdoğan eine zweite Front im Norden Syriens eröffnet. Ohne Rücksicht auf die Souveränität seines Nachbarn hat er die Grenze überschritten, um die Kurden in ihrer selbstgeschaffenen Autonomie Rojava unter seine Kontrolle zu bringen. Zu gefährlich erscheint ihm ihr Beispiel demokratischer Selbstverwaltung für „seine“ Kurden, als dass er ihre Entwicklung tatenlos dulden wollte. Wie skrupellos er seine Intervention in Syrien vorantreibt, zeigt die lange Unterstützung des IS, mit dem er Assad aus Damaskus vertreiben wollte. Dafür fand er wiederum die Unterstützung der USA, was ihn nicht davon abhält, nun, da es gegen den unkontrollierbaren IS geht, eine Allianz mit den Russen zu schmieden. Von diesen wiederum wird es abhängen, wie weit er gegen die Kurden in Rojava vorgehen kann.

Das vorerst letzte Kapitel in der Machteskalation Erdoğan's begann am 15. Juli 2016 mit dem gescheiterten Putsch einiger Militärs, den er sogleich dazu benutzte, auch die letzten Trümmer der schon arg ramponierten türkischen Demokratie beiseite zu räumen. Da seine Wut nun auch auf Journalistinnen und Journalisten keine Grenze kannte, werden wir ausführlich und ziemlich umfassend über seinen Kahlschlag unterrichtet. Kurdistan trat wieder in den Hintergrund, doch der Krieg geht weiter. Die Zahl der Opfer - Tote, Verwundete, Flüchtlinge - steigt. Erdoğan's Marsch in die Diktatur scheint nicht zu stoppen. Wir scheuen uns, das Adjektiv faschistisch zu benutzen, in der Türkei hört man es immer mehr.

Und wir fragen uns, warum die Bundesregierung gegen diesen Absturz ihres NATO-Partners nichts unternimmt. Die Angst vor den Flüchtlingen? Die geostrategische Bedeutung der Türkei? Der Druck der USA? Wahrscheinlich von allem etwas und die hohle Verlogenheit und Nutzlosigkeit der „europäischen Werte“. Statt die türkische Regierung zur Demokratie zurück zu bringen, ist die deutsche Politik ihr zu Diensten. Sie hat die PKK in Deutschland bereits 1993 verboten und mit einem Bestätigungsverbot belegt wurde. 2010 hat der Bundesgerichtshof festgestellt, dass es sich bei der PKK um eine terroristische Vereinigung im Ausland handelt. Das Konterfei von Öcalan darf in der Öffentlichkeit nicht gezeigt werden. Über 100 Funktionäre der PKK sind nach Paragraphen 129 a/b des Strafgesetzbuches zu teils mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden. Es gibt 4.400 Ermittlungsverfahren gegen Mitglieder, Aktivisten oder Sympathisanten der PKK.

Bleibt die Frage, wer ist der Terrorist? Abdullah Öcalan, seit 1999 in Isolationshaft auf Imrali und seine PKK, die ihre Kämpfer in die Kandilberge des Irak zurückgezogen hat und immer wieder Waffenstillstand anbietet oder Recep-Tayip Erdoğan, der die Gespräche seit April 2015 abgebrochen hat und die kurdischen Städte und Ortschaften gnadenlos zerstört mit zahllosen zivilen Opfern? In der Schweiz ist die PKK eine legale Organisation, dort gibt es keine Zweifel daran, dass der Terror vom türkischen Staat ausgeht. Dies auch hier zu begreifen, wäre die Voraussetzung für eine deutsche Politik, die sich auf die „europäischen Werte“ berufen kann.

Norman Paech